

## **Rede zum Haushalt 2025 am Do, 12.12.24 im Rat der Stadt Dülmen**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung und Vertreter der Presse!

Danke für Ihr Interesse an meiner heutigen Rede zum Haushalt 2025, die in Abstimmung mit der FDP-Fraktion erfolgt ist und sich in 10 Punkte gliedert.

### **1. Jahresabschluss – Fehlende Grundlage**

Es macht Sinn, diese Aussprache mit dem Jahresabschluss zu beginnen. Wie auch schon in den Vorjahren, hängt die Verwaltung mit den Jahresabschlüssen hinterher. Da wir keinen Jahresabschluss 2023 haben, haben wir auch keine grundlegenden Zahlen, auf den ein neuer Haushalt aufbauen könnte. Dies ist strukturell zu kritisieren. Aus diesem Grund hat die FDP erneut vor einigen Tagen eine Eingabe beim Landrat gemacht und diesen Dauerzustand wie schon in 2018 kritisiert.

### **2. Finanzen**

Richtigerweise wird immer darauf verwiesen, dass uns als Stadt die Daumenschrauben seitens des Bundes, des Landes und des Kreises angelegt werden und der Spielraum immer kleiner wird. Es gibt aber auch genug hausgemachten Schmutz, den man mal ansprechen kann.

Bei allem darf man ja nicht vergessen, dass die Stadt Dülmen trotz Haushaltssicherung viel schlechter dasteht, als noch im Vorjahr. Man muss vor dem Hintergrund gestiegener Zinsen, vor dem Hintergrund eines exponentiell gewachsenen Schuldenbergs und vor dem Hintergrund eines 19 Mio. Euro großen Loches allein in 2025 konstatieren, dass das Projekt Haushaltssicherung nicht geklappt hat.

Stichworte wie „nur noch durch den Griff in die allgemeine Rücklage auszugleichen“ zeigen, wie wir unser Eigenkapital. Im Kreis Coesfeld stehen wir als Schlusslicht dar. Das erfordert ein grundsätzliches Umdenken und das leider nicht erkennbar ist.

### **3. Stellenplan und Kitas**

Noch im letzten Jahr stimmte die FDP dem Personalplan zu. Grund war ein beachtlicher Schritt seitens der Verwaltung: Man wolle das Budget für Personal einfrieren und Steigerungen bei den Löhnen durch Personalreduzierung kompensieren. Eine Maßnahme, die im Ziel von der FDP schon seit vielen Jahren gefordert wird.

Leider kann dieser Plan im laufenden Jahr und damit in 2025 auch nicht eingehalten werden. Jetzt kann man natürlich sagen, dass das hauptsächlich am Rückzug des Kita-Trägers lag und man wegen der Notfallsituation als Stadt hier kurzfristig eingesprungen ist und das Personal übernommen hat. Das ist gut, nachvollziehbar und richtig.

Ich habe dann aber auch gefragt, ob es Pläne gibt, diese, andere oder mehrere Kitas vielleicht wieder in private Trägerschaft zu bringen: „Nein, solche Bestrebungen gäbe es nicht.“ Sehr viele andere Träger machen diesen Job ja nicht, weil sie so nett sind, sondern weil für die am Ende sogar Gewinne dabei abspringen. Also müsste das Ziel eigentlich ein steter Prozess der Privatisierung sein und der Job der Stadt ist es nur, Netzwerke zu schaffen und in Notfällen einzuspringen und den aktuellen Zustand nicht zum Dauerzustand zu machen, sondern diese wieder in den Normalzustand zurückzusetzen: Der kann nur lauten: Privat vor Staat. Aber davon hat sich die Verwaltung und die Mehrheitsfraktion ja leider völlig verabschiedet, wie auch in anderen Bereichen!

### **4. Der Campus**

Dieses 100 Mio. Euro Projekt ist in keinster Weise finanzierbar. Im Schulausschuss stellte die FDP erneut den Antrag, das Projekt Campus-Schule auf Eis zu legen. Seit Jahren wiederholen wir den Antrag, die Planungskosten Campus zu streichen. Was wird eigentlich mit dem Geld gemacht? So lange wie diese Planungskosten in den letzten Jahren eingeplant waren, so lange sind die Gelder nur zu einem Bruchteil abgerufen worden. Daraus resultieren zwei mögliche Interpretationen:

a. Die Verwaltung arbeitet nicht ernsthaft an der Umsetzung

- b. Die eingestellten Gelder sind viel zu hoch angesetzt und können gekürzt werden

## **5. Steuern, Nachtragshaushalte und Haushaltssperre**

Die nächste Grundsteuererhöhung wird kommen. Nicht in 2025, aber nach den Wahlen in 2026, das versichere ich Ihnen. Nur mit einer Partei ist das nicht machbar: FDP.

Die FDP hat einen Nachtragshaushalt und Haushaltssperre gefordert. Die Verwaltung antwortete, dass die nichts bringen würde. „Man würde eh nur das ausgeben, was muss“. Ich zeige auf, dass das so inhaltlich falsch ist. Ich vertrete die These: Hätten wir eine Haushaltssperre gehabt, wäre das Geld eingespart worden und der Schuldenberg etwas kleiner.

Die Liberalen stellten einen Antrag, in Dülmen ein Sprachförderprogramm aufzugreifen, das zu 80 % vom Land gefördert wird. Es wurde u. a. abgelehnt, da es sich beim Eigenanteil ja eine freiwillige Leistung handelt – also ca. 1000 Euro. Für die habe man in der Haushaltssicherung kein Geld.

Aber am gleichen Sitzungstag kommt der Antrag zum Thema freies W-Lan am Bahnhof. Losgelöst von der inhaltlichen Debatte hätte dieser Antrag abgewiesen werden müssen, da es sich hierbei auch um eine freiwillige Leistung handelt, auch wenn sie zu 80 % gefördert ist.

Das offensichtlichste Beispiel hatten wir aber im letzten Hauptausschuss. Da werden 25.000 Euro für die Bedeg-Mitgliedschaft ausgegeben. Geld, dass wir gar nicht haben, also schuldenfinanziert ist. Frech soll das als Investition gebucht werden, was es defacto nicht ist. Eine Rendite ist in den kommenden Jahren nicht absehbar und wird deshalb auch bewusst in der Sitzungsvorlage weggelassen worden. Hierbei handelt es sich eindeutig um eine freiwillige Leistung, die nicht mit der Haushaltssicherung vereinbar ist. Die von der FDP geforderte Haushaltssperre hätte es dann aber sehr wohl verhindert. Solche und ähnliche Beispiele zeigen auf, dass mit zweierlei Maße gemessen wird und Handlungsspielräume zur Konsolidierung liegengelassen werden.

## **6. Bahnhof**

Natürlich ist die FDP daran interessiert den Bahnhof attraktiv zu gestalten. Ob es nun W-Lan ist, was den Bahnhof aufwertet, sei mal dahingestellt. Viel wichtiger ist den Menschen aber die garantierte Barrierefreiheit am Bahnhof. Auch nach der Übergabe des Aufzugs seitens der Stadt an die Bahn ist man zwar schön aus der Verantwortung heraus, hat die Probleme aber noch nicht gelöst. Die Anzahl der Ausfälle ist ähnlich hoch und macht das Bahnfahren für Menschen mit Behinderungen zum Glücksspiel.

Die FDP hat eine hervorragende Lösung zu diesem Problem gebracht. Nur 8 km weiter in Sythen kann man es sehen. Die Verwaltung sollte sich mit einem Prüfauftrag an die Bahn wenden und sich um einen ähnlich pragmatischen Fußgängerüberweg kümmern, den nicht nur für garantierte Barrierefreiheit gesorgt hätte, sondern gleichzeitig für einen über 400 m verkürzten Weg. Während die FDP das Antwortschreiben als „Skandal“ bezeichnet, gibt die Verwaltung sofort klein bei und verwirft diese tolle Idee.

## **7. Gebäudemanagement**

In Anlehnung an das bereits angesprochene 100 Mio. Euro Campus-Projekt, wird dieses gleichzeitig damit verbunden, 4 weitere zentrale Gebäude leer zu ziehen, ohne zu wissen, was damit passiert. KVG, Hermann-Leeser, Förderschulen - diese Planungen müssen, wenn sie schon erfolgen, unbedingt parallel laufen. Hier bleibt die Stadt aber oberflächlich und vage.

Schauen wir uns die CBG Turnhalle an: 52 Jahre alt verursacht diese nun Kosten und jahrelange Sperrungen, die keiner eingeplant hat. Ich mache da keinem einen Vorwurf. Aber im Hinblick auf Altgebäude muss man doch mal endlich begreifen, dass diese am Ende keine stillen Reserven sind, sondern steuerfressende „Schwarze Löcher“. Denn von diesen Altbestandsgebäuden hat die Stadt eine ganze Menge. Diese müssen abgestoßen werden. Und bevor wir ein neues Gebäude bauen, müssen diverse Alte abgestoßen werden, um Risiken auszuschließen. Was ist mit den Versprechungen der Verwaltung geworden?

## **8. Wohnraum**

Anstatt in diesem Zusammenhang die Verwaltung zu entlasten, Altbestände abzuschmelzen, bindet sich die Verwaltung auch noch eine neue Wohnungsbaugenossenschaft ans Bein. Natürlich mit Vergabe von Aufsichtsratspöstchen ...

Anstatt auf die freie Wirtschaft und heimische Unternehmer zu setzen, die gleichzeitig eine wirklich messbare Anzahl von Wohnraum schaffen, verstrickt man sich in staatliche Strukturen und Bürokratie. Was ist nur aus der Mehrheitsfraktion geworden?

Das FDP-Projekt Kaserne wurde mit fadenscheinigen Argumenten abgelehnt, u. a. weil kein ÖPNV-Anschluss der Kasernengebäude besteht. Ein Unternehmer stand bereit und wollte Millionen in den Wohnungsbau investieren! Aber mit der gegründeten Genossenschaft wird nur wenige Meter weiter dann in deutlich geringerer Anzahl behördlich überwachter Wohnraum geschaffen, wo die Verwaltungsargumente dann auf einmal keine Rolle mehr spielen.

## **9. Umwelt und Windenergie**

Sich im Bereich Umwelt zu engagieren ist löblich. Auch spricht sich die FDP für die Windenergie im Allgemeinen aus. Aber so, wie es in Dülmen laufen soll, hat das wieder alles ein Geschmäcke. Da soll die Stadt privaten Investoren eine Bürgschaft geben, eine Trafoanlage zu kaufen, die in zwei Jahren kommt, für Bauwerke, dessen Genehmigungen nicht da sind. Eine Bürgschaft für eine Gesellschaft und ein Dutzend von Privatleuten, von denen ich glaube, dass sie das sehr gut selbst hätten stemmen können. Diese Verantwortung seitens der Stadt und damit auch das eingehende Risiko ist überflüssig. Ich gehe noch weiter: Für mich hört sich das nach Klüngel an. Bereits in der Vergangenheit hat die Stadt mal mit Währungen spekuliert und eine Bruchlandung hingelegt. Und werden da auch nicht bei anderen am Ende Begehrlichkeiten geweckt?

Wie schon beim Punkt Campus und Wohnen sind die Liberalen der Auffassung, dass Politik und Verwaltung Netzwerke und Strukturen

schaffen muss, nicht aber selbst das Geld und Risiko in die Hand nimmt, um Ziele umzusetzen!

## **10. Erdhügelskandal Hausdülmen**

Sicherlich besteht kein Zweifel in diesem Hause, dass der Vertragspartner sich falsch, ja sogar kriminell verhalten hat. Sehr große Differenzen bestehen allerdings nach Auffassung der FDP dahingehen, wie die Stadt mit diesem Problem umgegangen ist. In der chronologischen Abfolge ist es zu mehreren relevanten Versäumnissen gekommen, aus denen zumindest Prozessoptimierungen hervorgehen müssten.

Eine interne Aufarbeitung ist mir in dieser Sache zumindest nicht bekannt, ganz zu schweigen von Initiativen der hier vertretenen Parteien.

Ich gebe zu, auch die Liberalen waren zu Anfang geschockt und gelähmt, aber jetzt ist der Moment der Aufarbeitung gekommen. Durch unseren öffentlich gestellten Fragenkatalog ist ein Anfang gemacht worden. Darauf baut ein zweiter Rückfragenkatalog auf. Obwohl alle Fragen öffentlich gestellt worden sind, werden diese ausnahmslos im Nichtöffentlichen Teil beantwortet. Dazu gibt es keinen Anlass!

Die Verwaltung beteuert zwar an der Aufarbeitung interessiert zu sein, das geht aber nicht ohne Transparenz. Es besteht ein großes öffentliches Interesse, denn es wurden Anwohner durch nächtliche Aktionen belästigt und vor allem werden durch den nachträglichen Abtransport Millionenbeträge verursacht, die sich im Haushaltsdefizit niederschlagen und alle Dülmener künftig zusätzlich belasten werden. Niemand glaubt ernsthaft daran, dass man sich dieses Geld zurückholen kann!

Die bisherigen Teilantworten haben allesamt keinen Verschwiegenheitscharakter. Sie gehören in den öffentlichen Teil, das letzte Wort ist in dieser Sache noch nicht gesprochen. Und wer zudem einen solchen Zinnober um Antworten auf ganz normale Fragen macht, der hat etwas zu verbergen. Viele Antworten sind peinlich, gehören aber nicht unter den Deckel der Verschwiegenheit. Es ist beschämend, dass nicht alle Ratsvertreter hier laut aufschreien.

**Fazit:**

„Immer sind die anderen Schuld... Dülmen nie, nie die Verwaltung und nie der Bürgermeister und schon gar nicht die CDU als Mehrheitsfraktion. Vielleicht ist hier die Grundeinstellung auch falsch. Wer arbeitet macht auch Fehler. Und diese sollte man dann auch eingestehen.

Erdhügelskandal, Bahnhofsbrückendesaster, Trafofilz, Hackingopfer, Stadtwerkefehlkalkulationen, Baugenossenschaftsklüngel und 19 Mio. Euro Defizit allein im kommenden Jahr trotz Haushaltssicherung und dann das ständige Messen mit zweierlei Maß. Hier muss es zu einer grundlegenden anderen Haltung kommen.

Die Liberalen werden den Haushalt in dieser Form ablehnen.

Für die FDP Fraktion

i.A. Christian Wohlgemuth, Fraktions- und Parteivorsitzender